



# Interviews

**20. Februar 2024, 7.15 Uhr**

**Lars Feld, ehemaliger „Wirtschaftsweiser“, im Gespräch mit Jasper Barenberg**

**Jasper Barenberg:** Peinlich nennt es Finanzminister Christian Lindner und dramatisch schlecht Wirtschaftsminister Robert Habeck. Im letzten Jahr ist die Wirtschaftsleistung gesunken; in diesem Jahr dürfte Deutschland mit einem Miniwachstum Schlusslicht unter den Euroländern sein. Klar ist, es muss irgendetwas geschehen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu verbessern, mit Anreizen aus staatlichen Töpfen, oder doch besser Steuererleichterungen im großen Stil.

Am Telefon ist Lars Feld, Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg. Bis 2021 war er zehn Jahre lang Mitglied im sogenannten Rat der Wirtschaftsweisen, die letzten zwei Jahre als Vorsitzender. Finanzminister Christian Lindner hat ihn im Februar 2022 zum, wie es heißt, persönlichen Beauftragten für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung berufen. – Schönen guten Morgen, Professor Feld.

**Lars Feld:** Guten Morgen! – Ich grüße Sie.

**Barenberg:** Kann ich aus Ihrem Ehrenamt im Bundesfinanzministerium schließen, die erhebliche Entlastung von Unternehmen in Deutschland, das ist auch für Sie der Königsweg, um der Wirtschaft wieder mehr Schwung zu geben?

**Feld:** Ich will hier nicht von Königswegen reden, aber es wird schon darum gehen müssen, die Unternehmen so von Kosten zu entlasten, dass sie größere Investitionsanreize im Inland haben. Da gehört die Steuerbelastung dazu, aber Bürokratie-Regulierungskosten sind sicher wichtig, und wir dürfen die Energiekosten nicht vergessen. Da ist das eine oder andere noch machbar.

**Barenberg:** Wenn es solche Entlastung gibt – das ist ja auch im Großen und Ganzen das, was wir aus dem Bundesfinanzministerium hören -, Unternehmenssteuern runter, Energiepreise entlasten, Bürokratie abbauen, das alles wird ja zig Milliarden an Steuereinnahmen kosten. Wie ist diese Lücke zu schließen?

**Feld:** Zum einen kommt es genau darauf an, was Sie bei Steuern machen. Der Vorschlag, den Solidaritätszuschlag, den Rest-Soli zu streichen, würde sicher zwölf Milliarden etwa kosten, aber man hat ja auch andere Möglichkeiten. Man kann beispielsweise überlegen, inwiefern man beschleunigte Abschreibungen einsetzt, über das, was wir jetzt an Abschreibungsmöglichkeiten der Unternehmen haben, noch weitere Möglichkeiten zu schaffen. Bürokratie- und Regulierungsabbau kosten relativ wenig, außer die Notwendigkeit, sich zu einigen, und zwar nicht nur in dieser Bundesregierung, sondern auch mit den Ländern.

**Barenberg:** Aber trotzdem: Bleibt dann nicht ein gewaltiges Loch, wenn wir uns vor Augen führen, dass die Finanzierung wichtiger staatlicher Aufgaben, nicht zuletzt der Sicherheit, jetzt schon ein Problem ist und perspektivisch ein noch viel größeres werden wird?

**Feld:** Es ist schon so, wenn man Steuern reduziert, insbesondere die Steuersätze reduzieren würde, dann würde auch im Bundeshaushalt wieder ein Refinanzierungsbedarf entstehen. Für 2025 sind ja gewisse Einsparungen notwendig, so dass es dann dadurch sicher noch mal ein bisschen schwieriger würde. Man muss allerdings auch sehen, dass wir ab 2011 bis zum Ende der Corona-Zeit letztlich auf der Ausgabenseite enorme Zuwächse gehabt haben. Im Bundeshaushalt ist durchaus auch Luft, um diese Einsparungen vorzunehmen.

**Barenberg:** Den Eindruck hatte man nicht, als es darum ging, den Haushalt für das vergangene Jahr noch gerade verfassungskonform einschließlich der Regeln zur Schuldenbremse auf die Reihe zu bekommen von Seiten der Ampel. Da waren schon diese nicht einmal 17 Milliarden, wenn ich mich richtig erinnere, eine gewaltige Herausforderung. Das hat einen Riesenkonflikt hervorgerufen in der Ampel.

Noch mal die Frage: Wird das nicht politisch eine gigantische Herausforderung, wo man im Moment gar nicht sehen kann, wie die bewältigt werden kann?

**Feld:** Ich vermeide solche Wörter wie „gigantisch“, weil das ist mal ein politisches Geplänkel, das dann in der Öffentlichkeit ausgetragen wird. Zunächst waren es 17 Milliarden, nachher waren es zehn und am Ende ist es eine einstellige Milliardensumme gewesen, die dann raus musste. Und genauso wird das 2025 sein, dass wir irgendwann feststellen, wieviel es wirklich ist. Die Spielräume im Bundeshaushalt sind da. Es ist schwierig, die politische Einigung herbeizuführen. Das sehe ich sehr wohl. Aber dazu ist diese Bundesregierung gewählt. Sie muss sich einigen.

**Barenberg:** Dann schauen wir ein bisschen auf die andere Seite, auf das, was dem Wirtschaftsminister eher vorschwebt. Was spricht denn gegen den Ansatz von Robert Habeck, dass dieser nötige Umbau zu einer klimaneutralen Wirtschaft nur zu stemmen ist, wenn der Staat ihn mit sehr viel Geld unterstützt, im Zweifel auch mit Schulden?

**Feld:** Ich bin bei so großen Subventionsprogrammen ausgesprochen zurückhaltend, weil man typischerweise bei den Subventionen weniger erreicht, als man möchte. In dem Fall beispielsweise die Hoffnung, dass damit die Stahlindustrie in Deutschland erhalten bleibt, wenn man so hohe Milliardenbeträge für den Umbau der Stahlindustrie zahlt. Wenn die Energiepreise im Zuge einer höheren CO<sub>2</sub>-Bepreisung – und die wird notwendig sein, um klimapolitisch erfolgreich zu sein, den Klimawandel einzudämmen -, dann wird man sich um die Wettbewerbsfähigkeit Jahr für Jahr Sorgen machen, und dann läuft man früher oder später in eine Dauersubventionierung hinein, die nicht finanzierbar ist. Das erhöht ja nicht die Wettbewerbsfähigkeit. Es ist ja letztlich nur eine Milderung der schwierigeren Umstände, die man im Strukturwandel hat.

Wir haben viel Erfahrung mit Strukturwandel in Deutschland gehabt. Wir haben ihn mit diesen Subventionen schon früher in der Stahl- und Kohleindustrie verschleppt, während in Branchen, in denen Subventionen nicht gezahlt wurden – denken Sie an die Textilindustrie, die in den 80er- und 90er-Jahren große Schwierigkeiten hatte -, die haben sich umgestellt, diese Regionen. Die sind heute ganz anders aufgestellt.

Das was die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands ausmacht, die große Agilität im Mittelstand – der Mittelstand hat kaum etwas von diesen Subventionen.

**Barenberg:** Dem Bundeskanzler, wenn ich es recht verstehe, geht es auch immer darum, die Breite der industriellen Basis in Deutschland zu erhalten. Das ist für Sie aber kein Argument, beim Thema Subventionen flexibler vorzugehen als so kategorisch, wie Sie das beschreiben, dass Subventionen in der Regel mehr kosten als sie bringen?

**Feld:** Die Industrie in der Breite zu erhalten, ist meines Erachtens kein Ziel an sich. Wenn die Industrie durch die Rahmenbedingungen, die man setzt, in der Größenordnung erhalten bleibt, wie wir sie haben, umso besser. Aber wir haben ja auch in anderen Staaten gesehen, dass Industrieanteile an der Wertschöpfung zurückgegangen sind und durch Dienstleistungsanteile ersetzt wurden. Wir können nicht sagen, dass die amerikanische Wirtschaft zumindest makroökonomisch gesehen, nicht auf Verteilungsfragen bezogen, aber makroökonomisch gesehen schlecht dastehen würde. Und sie hat einen deutlich niedrigeren Industrieanteil als Deutschland.

**Barenberg:** Allerdings, wenn Sie schon den Vergleich mit den USA ansprechen: Dort werden Hunderte von Milliarden aufgewendet, um die Transformation zu stemmen. Warum gilt das nicht für Deutschland?

**Feld:** Ob die USA das durchhalten werden, werden wir noch sehen, denn wenn wir uns anschauen, dass schon erste Rating-Agenturen im vergangenen Jahr die USA heruntergestuft haben, die Zinsausgaben in den USA noch deutlicher gestiegen sind als bei uns, weil auch der Zinssatz, dem sich die USA gegenüber sieht, höher ist als in Deutschland, dann wird man abwarten müssen, was hier passiert. Und der Erfolg dieser Politik ist ja nicht ausgemacht. Dass in den USA mehr investiert wird, hat deutlich mehr damit zu tun, dass die Steuerbelastung niedriger ist, das Regulierungsniveau niedriger ist, man schneller in Genehmigungsverfahren an die Genehmigung kommt, während die Mittel, die durch den Inflation Reduction Act jetzt bereitgestellt werden, ja erst langsam ziehen. Das heißt, da steht uns dann eher noch eine Abwanderung bevor, wenn wir nicht bessere Rahmenbedingungen setzen.

**Barenberg:** Die Bundesregierung setzt auch auf Anreize, auf Förderung von Bereichen, die sie als Schlüsselbereiche für die Zukunft identifiziert. Ein Beispiel ist vielleicht der grüne Wasserstoff. Da fließt viel staatliches Geld in die Entwicklung. Sollte der Staat diese Unterstützung auch einstellen, oder ist das etwas, was nötig ist und was auch für Robert Habecks Argumentation spricht?

**Feld:** In Ihrem Beispiel bei grünem Wasserstoff kann ich der Förderung einiges abgewinnen. Wir werden trotzdem im Energiebereich weiterhin ein Importland bleiben. Wir werden auch grünen Wasserstoff in größerem Umfang aus dem Ausland beziehen müssen. Man sieht im Moment schon, dass in der Golf-Region die Erdöl produzierenden Länder auch auf grüne Energie umbauen, grünen Wasserstoff bereitstellen wollen und dann weiter Lieferanten sein werden, nicht nur Staaten wie Australien oder die USA. Aber die Grundannahme, dass man ganz bestimmte Unternehmensbereiche als Schlüsselindustrien identifiziert und sie hier jedenfalls im Land halten will, da bleibe ich trotzdem skeptisch, denn es gibt immer wieder die Behauptung, was eine Schlüsselindustrie ist, und am Ende stellt sich heraus, die ist es nicht, und die Mittel, die eingesetzt worden sind, waren verschenkt.

**Barenberg:** Sprechen wir kurz noch übers Wachstumschancengesetz. Es soll ja den Unternehmen durch die Konjunkturflaute helfen mit steuerlichen Entlastungen, mit beschleunigten Genehmigungsverfahren, hängt gerade nach der Entscheidung im Bundestag jetzt im Bundesrat fest, wird dort blockiert. Wie wichtig ist da eine schnelle Einigung?

**Feld:** Die Einigung ist schon sehr wichtig. Das Volumen des Wachstumschancengesetzes ist zwar mit dem Kompromiss, der aus dem Vermittlungsausschuss bisher rausgekommen ist, deutlich reduziert auf etwas mehr als drei Milliarden Euro. Aber es sind eine Reihe von strukturellen Elementen im Wachstumschancengesetz steuerlicher Art, die wichtig sind, etwa bei der Verlustverrechnung, bei der Thesaurierungsbegünstigung, bei den Abschreibungen – und auch das, was wir im Hinblick auf Bürokratie und Regulierung darin enthalten haben, ist bedeutsam.

Ich kann nachvollziehen, dass die Union versucht, ihre Macht im Bundesrat auszuspielen. Ich sehe aber nicht, wie man ein Thema wie den Agrardiesel mit dem Wachstumschancengesetz verbinden kann. Das hat nichts miteinander zu tun

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*